



Zeitzeugen

Gutachten ist keine taugliche Grundlage für neuen Krankenhausplan - Gewerkschaft macht mit Stellungnahme auf Fehler aufmerksam - SPD warnt vor voreiligen und falschen Entscheidungen (Saarbrücker Zeitung vom 14. November 2000)

„Gutachten ist keine taugliche Grundlage für neuen Krankenhausplan“

Gewerkschaft macht mit Stellungnahme auf Fehler aufmerksam — SPD warnt vor voreiligen und falschen Entscheidungen

Saarbrücken (wer). Die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) will den von ihr im Zusammenhang mit der Fortschreibung des Krankenhausplanes für die Jahre 2001 bis 2005 angekündigten „heißen Herbst“ in die Tat umsetzen. Wie in der Samstag-Ausgabe ausführlich berichtet, hat die ÖTV-Saar von einem Fachmann (Jörg Weidenhammer von der Trans Clinic Consultants TCC GmbH) das Rüschemann-Gutachten der Landesregierung über die aktuelle Situation im saarländischen Krankenhauswesen unter die Lupe nehmen lassen. Weidenhammer kommt zur Erkenntnis, dass hier zwar Fleißarbeit geleistet worden sei, die jedoch mit handwerklichen Fehlern behaftet sei. Außerdem würden Ergebnisse zurückgehalten und nicht der Allgemeinheit zur Verfügung gestellt, so dass es die von der Regierung versprochene Transparenz nicht geben könne. Weidenhammer: „Es wäre eine glatte politische Fehlentscheidung, wenn auf der Basis des Rüschemann-Gutachtens, das

bewiesener- und anerkanntermaßen erhebliche Mängel aufweist, ein Krankenhausplan aufgestellt wird.“ Die wahre, bislang verschwiegene Botschaft sei ein weit drastischerer Abbau von überwiegend Frauen-Arbeitsplätzen in den Krankenhäusern als vorgegeben. Für die Entlassung von Arbeitnehmern werde nicht die politische Verantwortung übernommen. Sie werde ausschließlich auf die Träger der Krankenhäuser ab-

gewälzt. Das Gesundheits-Ministerium habe noch kein arbeitsmarktpolitisches Konzept zur Bewältigung des Arbeitsplatzabbaues vorgelegt.

Linsler, der vor allem den „unnötig großen Zeitdruck“ der Regierung im Vorfeld der wichtigen Entscheidungen kritisierte, wies auch auf das Vorhaben des Sozialministeriums hin, in der landeseigenen Universitätsklinik in Homburg statt der bisher geplanten 75 sogar

150 Betten abzubauen. Hier habe die CDU-Regierung es versäumt, nach Amtsantritt die von der SPD-Vorgängerin vom Gesundheits- ins Kultusministerium verlagerte Zuständigkeit für die Universitäts-Kliniken wieder rückgängig zu machen. Eine Kompetenz-Bündelung könnte auch dadurch erreicht werden, dass die beiden im Gesundheitsministerium getrennten Abteilungen für Planung sowie für Investitionen und Baumaßnahmen zusammengelegt würden.

Vor der Landespressekonferenz warf Heiko Maas, der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, der CDU-Regierung ebenfalls Fehler im Vorfeld des neuen Krankenhausplanes vor. Im Vordergrund stehe offenbar nur der Abbau von Betten — die Verunsicherung von Personal, Patienten und Krankenträgern werde immer größer. Die Chancen der Strukturreform bestünden vielmehr darin, über eine umfassende Gesundheitsplanung nachzudenken. Die SPD forderte die Regierung auf, den Rotstift nicht unüberlegt anzusetzen.

Gewerkschaft ÖTV macht Gegendruck

Die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr rufte für Mittwoch, 15. November, ab 16 Uhr zur großen Demonstration und Kundgebung gegen den Abbau von Arbeitsplätzen in den saarländischen Krankenhäusern auf. ÖTV-Chef Rolf Linsler erwartet bis zu 4000 Teilnehmer, die vom alten Gloria-Kino in der Trierer Straße in Saarbrücken vor die Staatskanzlei ziehen werden. Schließlich habe Regierungschef

Peter Müller für den hohen Zeitdruck bei der Erstellung des Krankenhausplanes für 2001 bis 2005 gesorgt — deshalb wolle man jetzt Gegendruck erzeugen. Das Rüschemann-Gutachten sei keine Bibel. Allein die CDU-Landesregierung entscheide, welche Einrichtungen geschlossen und welche Arbeitsplätze „vernichtet“ werden. Die Gewerkschaft befürchte bis 2003 den Verlust von insgesamt 3000 Arbeitsplätzen. — wer